

Universität Leipzig  
Fakultät für Lebenswissenschaften

# **Erste Änderungssatzung zur Promotionsordnung der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Leipzig**

Vom 15. Mai 2025

Gemäß § 41 Abs. 5 und § 93 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz - SächsHSG) vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl S. 329), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83), hat der Fakultätsrat der Fakultät für Lebenswissenschaften die folgende Erste Änderungssatzung zur Promotionsordnung beschlossen.

## **Artikel 1**

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach § 17 Pflichtexemplare, Veröffentlichung eingefügt:

„§ 18 Nachteilsausgleich

§ 19 Schutzfristen“.

Die Nummerierung der weiteren Paragraphen wird angepasst.

2. In § 1 Abs. 5 Satz 1 wird „§ 22“ durch „§ 24“ ersetzt.
3. Zu § 2 Promotionsgremien:

Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„(4) Im kooperativen Verfahren mit einer Hochschule für angewandte

Wissenschaften muss ein Mitglied der Promotionskommission Hochschullehrer der betreffenden Hochschule für angewandte Wissenschaften sein.“

4. Zu § 4 Annahme als Doktorand

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Fakultät führt eine Doktorandenliste und überprüft deren Aktualität regelmäßig.“

b) Absatz 1 wird nach Satz 5 ergänzt:

„Die Aufnahme auf die Doktorandenliste verpflichtet die Fakultät zur Betreuung des Promotionsvorhabens. Hierüber ist eine Betreuungsvereinbarung abzuschließen, die die Rechte und Pflichten des Doktoranden und des Betreuers regelt.“

5. Zu § 5 Zulassungsvoraussetzungen für das Promotionsverfahren

In Absatz 2 werden die Worte „oder von einem Hochschullehrer der Universität Leipzig allein“ gestrichen.

6. Zu § 11 Gutachter

Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Eine Dissertation ist von mindestens zwei fachlich ausgewiesenen Gutachtern zu bewerten, von denen einer Mitglied oder Angehöriger der Fakultät für Lebenswissenschaften sein muss. Alle Gutachter müssen eine Habilitation oder eine gleichwertige wissenschaftliche Qualifikation nachweisen können oder nach § 92 Abs. 3 SächsHSG kooptiert worden sein. Bei kumulativen Dissertationen dürfen die weiteren Gutachter neben dem zur Begutachtung zugelassenen Betreuer nicht in Bestandteilen der Dissertation publiziert haben.“

7. Nach § 17 werden die folgenden §§ 18 und 19 eingefügt:

**„§ 18  
Nachteilsausgleich**

- (1) Macht der Doktorand glaubhaft, dass er
1. wegen einer Behinderung oder chronischen Krankheit, die den Nachweis der durch die Promotionsprüfungsleistung festzustellenden Kompetenz erschwert oder
  2. während der Schwangerschaft, nach der Entbindung oder in der Stillzeit

nicht in der Lage ist, Promotionsprüfungsleistungen ganz oder teilweise zu den vorgesehenen Bedingungen zu erbringen oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Fristen abzulegen, so gewährt ihm die Promotionskommission auf schriftlichen Antrag einen angemessenen Nachteilsausgleich. Zum Nachweis ist ein ärztliches und in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Attest vorzulegen. In Fällen von Nummer 2 kann die Glaubhaftmachung durch die Bescheinigung einer Hebamme erfolgen.

- (2) Der Antrag soll spätestens mit dem Antrag auf Eröffnung des Promotionsverfahrens gestellt werden. Die Entscheidung ist dem Doktoranden schriftlich mitzuteilen.

**§ 19  
Schutzfristen**

- (1) Auf Antrag sind Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils geltenden Mutterschutzgesetz (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen; die erforderlichen Nachweise sind beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Promotionsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.

- (2) Desgleichen sind auf Antrag die Fristen der Elternzeit nach Maßgabe des jeweils geltenden Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) zu berücksichtigen. Der Doktorand muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er die Elternzeit antreten will, der Promotionskommission unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie oder er Elternzeit in Anspruch nehmen will. Die Promotionskommission prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei Arbeitnehmern einen Anspruch auf Elternzeit nach dem jeweils geltenden Gesetz auslösen würden, und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen oder sonstigen Fristen dem Doktoranden mit.
- (3) Die Inanspruchnahme der Schutzbestimmungen für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinne des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) in der jeweils geltenden Fassung, die oder der pflegebedürftig im Sinne des Elften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XI) in der jeweils geltenden Fassung ist, wird ermöglicht.“

Die Nummerierung der nachfolgenden Paragraphen wird angepasst.

8. Im gesamten Text der Promotionsordnung wird das Wort „Fachhochschule“ ersetzt durch „Hochschule für angewandte Wissenschaften“.

## **Artikel 2**

- (1) Diese Änderungssatzung wurde vom Fakultätsrat der Fakultät für Lebenswissenschaften am 3. März 2025 beschlossen. Der Promovierenden-Rat wurde am 27. Januar 2025 angehört. Das Rektorat hat diese Änderungssatzung am 3. April 2025 genehmigt. Sie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft.
- (2) Promotionsverfahren, die vor Inkrafttreten dieser Änderungssatzung eröffnet wurden, können auf Wunsch des Promovenden nach den vor ihrem Inkrafttreten geltenden Vorschriften abgeschlossen werden.

- (3) Alle Promotionsverfahren, deren Eröffnung vom Tage des Inkrafttretens dieser Änderungssatzung an beantragt wird, unterliegen ausnahmslos den vorstehenden Bestimmungen.

Leipzig, den 15. Mai 2025

Professor Dr. Marc Schönwiesner  
Dekan der Fakultät für Lebenswissenschaften

Professor Dr. Eva Inés Obergfell  
Rektorin